

sich von selbst. Aber auch hier war der Eindruck durchaus ungewöhnlich. Zum Schluß der Messe wurde die Absolution von katholischen Bischöfen dreier verschiedener Riten gegeben: zuerst vom lateinischen Erzbischof Johannes Philippussi von Naxos, dann vom Exarchen des byzan-

tinischen Ritus, Msgr. Gad: Msgr. Gad sang griechisch, und die Responsorien wurden von dem Chor einer orthodoxen griechischen Kirche gesungen. Schließlich sang Msgr. Joseph Hantzian, Bischof der katholischen Armerier in Griechenland, die Absolution auf Armenisch.

## Die Kirche in den Ländern

### Der Dritte Parteitag und die Kirche in Polen

Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei hielt im März 1959 ihren dritten Parteitag ab, den ersten seit der Übernahme der Macht durch Gomulka. In seiner Rede nahm der Parteisekretär auch zum Verhältnis zwischen Staat und Kirche Stellung, und zwar mit den folgenden Worten:

„Die unerläßliche Vorbedingung für eine Konsolidierung der Volksdemokratie in ihrer sozialen Struktur liegt in der Einheit der arbeitenden Massen und ihres Aufbaus für Polen. Diese Einheit hat den Vorrang vor allen künstlichen Aufteilungen, in erster Linie der Aufteilung in Gläubige und Nichtgläubige.

Die wichtigste Sorge unserer Partei auf diesem Gebiet muß darin bestehen, zu verhindern, daß die in der Gesellschaft vorhandenen Meinungsverschiedenheiten religiöser Art von reaktionären Kräften dazu benutzt werden, einen politischen Kampf anzufachen zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen, zwischen der Kirche und dem Volkstaat.

Unsere Partei wird von dem Wunsch nach einer Zusammenfassung aller Kräfte des Volkes geleitet. Sie zieht keine gesellschaftliche Trennungslinie auf Grund der religiösen Einstellung. Sie wertet die Haltung unserer Bürger ausschließlich nach ihrer praktischen Einstellung zum Sozialismus. Der oberste Maßstab für den Wert eines Bürgers ist seine Arbeit für das Land, sein tatsächlicher Beitrag zum Aufbau des sozialistischen Polen.

In der Frage, mit der wir uns hier befassen, läßt sich unsere Partei von dem Grundsatz leiten, daß der Staat die religiöse Gläubigkeit und Praxis als eine Privatsache jedes einzelnen Bürgers behandeln und volle religiöse Toleranz und Gewissensfreiheit gewähren soll. Das schließt beides ein: Freiheit für die Ausübung der Religion und Freiheit für das Bekenntnis zu weltlichen Anschauungen und für die Propaganda einer wissenschaftlichen Weltanschauung. Unsere Partei widersetzt sich allen Versuchen, religiösen Fanatismus zu entfachen, und allen Äußerungen der Diskriminierung anderer, mögen sie durch eine positive oder durch eine negative Einstellung zur Religion verursacht sein.

Verschiedene realistische und aufgeschlossene katholische Kreise in Polen, die sich bemühen, mit der fortschrittlichen Entwicklung Schritt zu halten und einen Platz im sozialistischen Aufbau unserer Gesellschaft zu suchen, sind ähnlicher Meinung. Manche von diesen Kreisen befürworten den Sozialismus ganz offen.

Die Durchführung dieser demokratischen Politik ist mit dem Verhältnis zwischen Kirche und Staat verknüpft. Wir behandeln die Kirche als eine religiöse Institution, die dazu berufen ist, die religiösen Bedürfnisse der Gläu-

bigen zu befriedigen. Die Kirche ist vom Staat getrennt. Sie hat Freiheit des Handelns unter der Voraussetzung, daß sie die bestehende Ordnung in Polen anerkennt und sich im Einvernehmen mit der Staatsräson der polnischen Volksrepublik verhält.

Das Wirken der Kirche darf unter keinen Umständen in den Dienst politischer Zwecke gestellt werden, Gläubige gegen Nichtgläubige ausspielen oder die Politik unserer Partei oder der Volksregierung angreifen.

Leider sieht es in der Wirklichkeit häufig anders aus. Wir haben oft erklärt und unsere Worte durch Taten bestätigt, daß wir seitens der Kirche keinerlei reaktionäre politische Tätigkeit dulden werden. Wir mischen uns in Dinge des Glaubens und in die inneren Angelegenheiten der Kirche nicht ein. Aber in sozialen Fragen, in Sachen, die mit den Interessen und der Politik des Staates zu tun haben, müssen Kirche und Klerus sich von den Gesetzen unseres Staates leiten lassen. Sie müssen also der Verfassung unseres Volkes ganz loyal gegenüberstehen.

Wir warnen die kirchliche Hierarchie davor, das Gesetz zu brechen und staatliche Anordnungen zu übertreten, was in bemerkenswertem Ausmaß wieder geschieht. Wir raten ihr, mit der Herausforderung der Volksautorität aufzuhören; denn sie würde der Kirche nicht gut bekommen. Wir wiederholen noch einmal, daß wir keinen Krieg mit der Kirche suchen. Aber die Kirche muß ganz und gar Kirche bleiben, sich auf Dinge des Glaubens beschränken und in der Kirche bleiben.

Die Zeiten mittelalterlicher Vormacht der Kirche gegenüber dem Staat sind lange vorbei. Man muß sich dem Fortschritt anpassen und den hoffnungslosen Gedanken an einen Kampf gegen den Sozialismus aufgeben. Diese Wahrheit und diese Haltung der Autoritäten des Volkes werden nicht nur von der überwältigenden Mehrheit der Gläubigen, sondern auch von einer steigenden Zahl von Geistlichen gebilligt.“

Es ist gesagt worden, diese Ausführungen Gomulkas seien als die schärfste Drohung zu werten, die er seit seiner Machtübernahme an die Adresse der Kirche gerichtet hat. Sie wurde unterstrichen durch einen Aufsatz in der Zeitung „Zycie Warszawy“, der von „verantwortungslosen und durch politischen Ehrgeiz aufgeblasenen Menschen innerhalb der Kirchenhierarchie“ spricht, die sich mehr vom Vatikan als von der polnischen Staatsräson leiten ließen. Dieser Einstellung liege die höchst unrealistische Annahme zugrunde, daß das gegenwärtige Regime in Polen vorübergehen werde.

Mit der Festigung der Macht Gomulkas verringert sich offenkundig der Spielraum für einen Einfluß der Kirche auf den „polnischen Weg zum Sozialismus“. Gomulka schickt sich an, einen neuen Beweis dafür zu liefern, daß im Kommunismus für eine Mitwirkung der Kirche bei der Ordnung des gesellschaftlichen Lebens keine Möglichkeit

besteht, und zwar nicht nur nicht für eine direkte Einflußnahme der Hierarchie, sondern auch nicht für die Ausübung des Lehramtes gegenüber den Gläubigen in sozial-ethischen Fragen.

Diese Folgerung zog der „Osservatore Romano“ in seiner Replik auf die Rede Gomulka, die am 2. April 1959 veröffentlicht wurde. Die Zeitung schreibt:

„Wenn man versichert, man beabsichtige keinen Religionskrieg, und dann den Bischöfen nahelegt, sich auf die Fragen des Glaubens zu beschränken, gibt man deutlich die Absicht zu verstehen, dem sittlichen Lehramt der Bischöfe ein ethisches Lehramt der Partei und des Staates überzuordnen. Die Kirche mahnt seit dem apostolischen Zeitalter mit Paulus zum Gehorsam gegen die Autorität; denn es gibt keine Autorität außer von Gott. Und mit Petrus mahnt sie zur Unterwerfung unter die Träger der Autorität, auch wenn sie schwer zu ertragen sind. Aber die Kirche erinnert auch daran, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen. Wenn die menschlichen Gesetze im Widerspruch zu den göttlichen stehen, fällt die Verantwortung für den Gegensatz, der sich daraus ergibt, nicht auf die Christen, sondern auf diejenigen, die diese geistlichen und sittlichen Forderungen verkennen.“

In einem Lande wie Polen, von einer Bevölkerung, die fast in ihrer Gesamtheit überzeugt katholisch ist, kann man keine Anpassung an Verhaltensweisen und Normen verlangen, die mit dem christlichen Glauben in Widerspruch stehen. Die Oberhirten, welche die Gläubigen zur Beobachtung des göttlichen Gesetzes aufrufen, politisieren nicht. Man kann ihnen nicht nahelegen zu schweigen. Es handelt sich um Bischöfe, die eine Pflicht erfüllen und ein Recht ausüben. Man kann diesem Recht die Anerkennung verweigern. Aber dann muß man eingestehen, daß man den Kampf gegen die Kirche will.“

Der „Osservatore“ sagt abschließend: „Man verweigert, wenn wir nicht irren, dem Katholizismus die Möglichkeit zu einer sozialetischen Verkündigung und Einwirkung auf die Verhältnisse im Sinne sozialer Gerechtigkeit. Man behauptet, die einzige dem Christentum gemäße soziale Struktur sei die sozialistische. Das ist eine neue Spielart des Synkretismus.“

#### *Das Problem der Mitarbeit im totalitären Staat*

Damit stellt das römische Blatt die Voraussetzung in Frage, auf der die Tätigkeit der Gläubigen beruht, die heute im öffentlichen Leben Polens die Stimme des christlichen Gewissens der Nation darstellen. Einer von ihnen, der Schriftsteller Jerzy Zawieyski, Mitglied des Staatesrates (der in Polen die Funktion des Staatsoberhauptes ausübt), wird ausdrücklich eines solchen Synkretismus beschuldigt, weil er erklärt hat: „Die kirchlichen Oberhirten, denen die Entscheidung zusteht, sollten den Gläubigen wenigstens eine kleine Hoffnung geben, daß das große Werk einer Erneuerung der Christenheit unter Einfügung in die heraufziehende sozialistische Welt nicht nur von den katholischen Intellektuellen getragen wird.“

In ähnlicher Weise umriß der Sejm-Abgeordnete Stanislaus Stomma in einer Budget-Rede im Parlament die Auffassungen der katholischen Fraktion. Der Katholizismus sei als solcher keine Quelle politischer Opposition oder ein Hindernis für die Zusammenarbeit mit den Marxisten beim Wiederaufbau des Vaterlandes und in der Erfüllung der Pflichten gegenüber dem Staat. Dann kam er auf seine Italienreise zu sprechen, die er im vergangenen Sommer

in Begleitung des Kardinals unternommen hatte, und sagte: „Während meines letzten Aufenthaltes in Italien sagte mir ein führender italienischer Staatsmann und Philosoph: ‚Polen ist die Hoffnung der Welt.‘ In welchem Sinne? Weil hier Wege der Zusammenarbeit und des Zusammenlebens von Menschen verschiedener Weltanschauungen gebaut werden . . . Ich hörte immer wieder sagen: Wenn in Ihrem Land die Marxisten und die Katholiken einen modus vivendi fänden, vielleicht würde das zu breiteren Wandlungen führen und ein Anzeichen für eine Entspannung in der Welt sein. Man gab mir die herzlichsten Wünsche mit, daß der polnische Versuch zur Koexistenz gelingen möge.“ Stomma erklärte dann freimütig, daß die Wirklichkeit noch weit entfernt von dieser Hoffnung sei und daß es „eine steigende Zahl offener Fragen“ zwischen Staat und Kirche gebe. Dennoch habe seine Fraktion ihre Entscheidung getroffen: „Wir sind für Verstehen und Zusammenleben . . . Wir werden in jeder Lage für gegenseitige Verständigung und Achtung eintreten, indem wir einerseits Freiheit und unbeschränkte Aktionsmöglichkeit für die Kirche fordern, andererseits aber ebenso auch gemeiname Anstrengungen der Gläubigen und Nichtgläubigen für das Wohl der Nation.“

Die Frage, wie eine Zusammenarbeit ohne Synkretismus, wie eine Einfügung der Christenheit in die sozialistische Welt ohne Preisgabe von Glaubenssubstanz möglich sei, bildete auch den Gegenstand eines Symposions katholischer und marxistischer Redakteure in Warschau zu Anfang dieses Jahres. Der Redakteur der katholischen Monatschrift „Znak“, Stefan Wilkanowicz, meinte, man müsse einsehen, daß in der heutigen Weltlage praktische und realistische Lösungen immer nur im Kompromiß und in aufrichtiger Anerkennung der Koexistenz des Partners gefunden werden können. Eine Einfügung der Katholiken in eine sozialistische Gesellschaft kann also nicht um den Preis geistiger Unterwerfung angestrebt werden. Man müsse naheliegende praktische Aufgaben ergreifen. In ihrer gemeinsamen Bewältigung werde man Spannungen entschärfen und Vertrauen zu der Möglichkeit einer Entwicklung in der gewünschten Richtung gewinnen. Andere katholische Teilnehmer erklärten, sie müßten jede definitive Lösung ablehnen, wenn dabei die Religion künstlich vom öffentlichen Leben ausgeschlossen werde oder wenn man einzelne katholische Gruppen gegen andere oder gegen die Hierarchie ausspiele. Von kommunistischer Seite wurde eine Zusammenarbeit für möglich gehalten, weil auf katholischer Seite „Versuche zu einem neuen Selbstverständnis des Christlichen und zu einer neuen, unter den Katholiken sich ausbreitenden Einstellung gegenüber dem Sozialismus“ zu beobachten seien. Auf beiden Seiten waren aber auch Stimmen zu hören, die friedliche Beziehungen zwischen beiden Lagern für unmöglich halten, weil oder solange der Kommunismus darauf bestehe, allein als „beherrschender Faktor in der Ausbildung der polnischen Kultur“ zu gelten.

Mit dieser Formulierung ist der Raum bezeichnet, in dem die Spannungen sich verschärfen. Aber es wäre wichtig, zu wissen, welche konkreten Objekte Gomulka zu seinen heftigen Äußerungen vor dem Parteitag bewogen haben. Sie scheinen ausschließlich auf dem Gebiet der Kulturpolitik im engeren Sinne zu liegen; denn in bezug auf die Lebensfragen der Nation, soweit sie außenpolitischer oder sozial- und wirtschaftspolitischer Natur sind, hat die Kirche nicht aufgehört, ihm ihre direkte und indirekte

Unterstützung zu leihen. Aber auch auf kulturpolitischem Gebiet gibt es keine konkreten Differenzen, die eine so scharfe Sprache notwendig machen könnten. Gomulka hat zwar im Herbst vorigen Jahres darüber Klage geführt, daß der Religionsunterricht, der von fast allen Schülern besucht wird, keinen Beitrag zur Bildung einer Staatsgesinnung leiste und außerdem zur Diskriminierung der Kinder nichtgläubiger Eltern ausgenutzt werde (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 103). Anscheinend sind aber keine Fälle vorgekommen, die das Einschreiten der Behörden nötig gemacht hätten. Die Kirche hat gegen die Einführung der obligatorischen Zivilehe, die im vorigen Jahr zum Gesetz erhoben wurde, protestiert. Aber sie hat der Durchführung dieses Gesetzes keinen Widerstand entgegengesetzt. Sie hat die Demoralisierung, besonders den Alkoholismus und die Auswüchse der Sexualität, öffentlich beim Namen genannt, aber sie hat diese Mißstände weder der Regierung noch der Partei noch Gomulka selbst zur Last gelegt. Es sind zwar schon vor der Gomulka-Rede von anderen Mitgliedern der Parteileitung manche Beispiele für eine reaktionäre Haltung und für Grenzüberschreitungen der Kirche genannt worden. So erklärte das Mitglied des Politbüro Jerzy Morawski vor einigen Monaten, es sei untragbar, daß kirchliche Organe sich um die Freizeitgestaltung der Jugend oder die kulturellen Belange der Familien kümmern. Aber die Beispiele dieser Art sind teils so wenig substanziiert, teils so wenig bedeutend, daß sie in sich selbst wohl kaum die Ursache des dumpfen Grollens beim Parteitag sind. Doch vielleicht dienen sie als Hinweis, worin der wahre Grund für die Verschärfung der Spannungen zu suchen ist.

Es geht um den im einzelnen nicht greifbaren und doch im ganzen so gewaltigen Einfluß des katholischen Glaubens auf die überwältigende Mehrheit der Polen. Es geht um einen echten „Kulturkampf“. Die Verschärfung der Spannungen ist ein zwangsläufiges Ergebnis der allgemeinen Entwicklung in Polen und nur auf diesem Hintergrunde voll zu verstehen.

#### *Bilanz des Dritten Parteitags*

Der Dritte Parteitag ist schon, bevor er stattgefunden hatte, in der Partei als „Kongreß der Konsolidierung“ abgestempelt worden. Die Konsolidierung ist vor allem eine solche der persönlichen Autorität und Macht Gomulkas in der Partei. Sie spiegelt sich in den Wahlen, die der Parteitag zur Besetzung der obersten Parteigremien vorzunehmen hatte. Das Politbüro wurde um drei auf zwölf Mitglieder erweitert. Die drei neuen Männer sind Verteidigungsminister Spychalski, Sejm-Vizemarschall Kliszko und der Kattowitzer Parteisekretär Gierek, alle drei entschiedene Anhänger Gomulkas. Das Zentralkomitee der Partei, das aus 77 Mitgliedern besteht, wurde erheblich umgebildet. 18 Personen wurden nicht wiedergewählt. Die meisten von ihnen sind alte Stalinisten und gehörten zur sogenannten Natolingruppe, die dem Parteichef in der Hoffnung auf Unterstützung aus Moskau anfangs offen Opposition machte. So ist die persönliche Macht Gomulkas über die Parteiführung nun auch formell gesichert. Dasselbe gilt für die Masse der Parteimitglieder. Im Zuge der Säuberungen haben seit November 1957 206 000 Mitglieder, das sind 15,5%, die Partei verlassen oder verlassen müssen. Auch die Zahl der Parteifunktionäre wurde erheblich vermindert und dabei natürlich auch die Funktionärsschicht gesäubert.

Der Parteitag dokumentierte den innerparteilichen Sieg Gomulkas auch dadurch, daß er die Resolutionen des Zentralkomitees vom Sommer 1948 über eine „nationalistische Rechtsabweichung“, denen er in der Folgezeit zum Opfer fiel, nunmehr aufhob. Es hat also keine Abweichung gegeben, und Gomulka ist im Jahre 1956 nicht etwa begnadigt, sondern von einer ungerechten Beschuldigung rehabilitiert worden.

Ebenso hat der Parteiführer sich mit seiner Auffassung von der Parteilinie durchgesetzt, die in der Mitte zwischen dem stalinistischen Dogmatismus und dem liberalisierenden Revisionismus verläuft, aber jenem etwas näher steht. Denn Gomulka behandelte schon länger und auch jetzt wieder die Dogmatisten nachsichtiger als die Revisionisten. Demgemäß interpretiert er die Ereignisse des Oktober 1956 heute nicht mehr als eine grundsätzliche Wende, sondern als Korrektur an den falschen Methoden der vorausgegangenen Periode, die sich aus den Erkenntnissen des 20. Parteitages der Sowjetunion und des 8. Plenums der polnischen Partei ergeben habe und die nicht in übertriebene Kritik ausarten dürfe, vor allem aber nicht in eine Verbürgerlichung des Kommunismus. Es kann nicht den geringsten Zweifel an der Tatsache geben, daß der polnische Parteisekretär in bezug auf die weltanschaulichen und gesellschaftspolitischen Dogmen des Marxismus und Leninismus derselbe orthodoxe Kommunist geblieben ist wie eh und je und daß er diese Dogmen mit derselben Folgerichtigkeit verteideten und in die Wirklichkeit umzusetzen suchen wird, die immer ein Kennzeichen seines Charakters war. Dennoch hält Gomulka an der Idee eines „polnischen Weges zum Sozialismus“ fest. Es handelt sich aber für ihn, was man nie übersehen sollte, nur um einen eigenen Weg zum Ziel, und nicht um eine modifizierte Konzeption der kommunistischen Zielvorstellungen! In bezug darauf steht Gomulka dem Kreml näher als Tito, und das ist es wohl auch, was ihm sehr schnell die Freundschaft und das Vertrauen Chruschtschews eingetragen hat, in denen man auch heute noch die stärkste Stütze seiner Macht sehen muß. Wenn Gomulka auf seinem Wege zum Sozialismus als Gegenleistung für sein Bekenntnis zur sowjetischen Freundschaft eine gewisse Selbständigkeit für die polnische Partei verlangte, so hat er davon nie auch nur den geringsten den Sowjets verdächtigen Gebrauch gemacht. Die Eigenständigkeit des polnischen Weges besteht in der Rücksichtnahme auf die psychologisch wichtigen Gegebenheiten in Polen, das heißt in den Überlegungen eines Realpolitikers, der sein Ziel mit dem gebotenen Maß verfolgt.

Gomulka unterscheidet sorgfältig zwischen einer Demokratisierung des kommunistischen Staatswesens, die er als die eigentliche Errungenschaft des Oktober 1956 auszugestalten sucht, und einer Liberalisierung der kommunistischen Idee, die er auf das schärfste bekämpft und deren Vertretern er auf dem Parteitag den Kampf ansagte. Die Demokratisierung besteht für ihn in der Garantie einer staatlichen Ordnung auf der Grundlage von Gesetzen, d. h. in dem Verzicht auf die sogenannten „administrativen Maßnahmen“ eines reinen Polizeistaates, ferner in der Duldung öffentlicher Meinung im Rahmen dafür geschaffener gesetzlicher Formen und in der Rücksicht auf die seelischen und materiellen Bedürfnisse der Menschen, die er dem Kommunismus entgegenführen will. Als einer Liberalisierung widersteht er dagegen jedem Versuch, seine Welt- und Gesellschaftsanschauung zu einer Ideen-

koalition zu bewegen oder gar sie für den polnischen Bereich umzuwandeln.

### *Die gesellschaftspolitischen Kräfte in Polen*

Es gibt in Polen drei gesellschaftliche Kräfte, die den Leitbildern des Kommunismus und seines überzeugtesten Adepten Gomulka Widerstand leisten und auf die er seine Realpolitik abstimmen muß: die Intellektuellen, das Bauerntum und die katholische Kirche. Und dann natürlich gibt es die wirtschaftliche Misere, die an erster Stelle unter den psychologisch wichtigen Gegebenheiten des polnischen Weges steht. Deshalb gelten die Überlegungen, die Gomulka auf dem Parteitag vortrug, zum großen Teil seinen Wirtschaftsplänen. Diese Pläne bestätigen den Eindruck, daß Gomulka mit elastischer Taktik der Verwirklichung der kommunistischen Gesellschaftsordnung in Polen selbst und in der Vereinigung Polens mit den anderen kommunistischen Ländern zustrebt. Die wirtschaftlichen Verflechtungen mit den anderen Ostblockländern im Sinne einer Arbeitsteilung und gegenseitigen Ergänzung werden verstärkt. Die Schwerindustrie soll ihre Produktion bis 1965 um 80% steigern, die Landwirtschaft um 30%. Dabei wird eine Investitionsrate von 18% vorgesehen. Eine noch größere Rate wird dagegen mit Rücksicht auf die notwendige Erhöhung des Lebensstandards abgelehnt. Man soll in Polen Jahr für Jahr etwas besser leben können. Gomulka sieht ein, daß er sein Volk nicht mit unabsehbaren Zukunftsverheißungen vertrösten kann und daß die einzige Chance seiner Popularität und der seiner Partei in der Verbesserung der Lebensbedingungen liegt.

Deswegen ist er bereit, der Privatinitiative Zugeständnisse zu machen. Sie werden in erster Linie den Bauern zugute kommen. Es wird in Polen vorläufig keinen Zwang zur Kollektivierung des bäuerlichen Besitzes geben, obwohl diese, wie Gomulka ausdrücklich sagte, als definitives Ziel anzustreben ist; aber als Endstadium einer natürlichen Entwicklung, nicht mit Zwang. Dazu sagte der Vorgänger Gomulkas im Amt des Parteisekretärs und jetzige Landwirtschaftsminister Ochab: „Die Partei und die Volksmacht werden den Dogmatikern kein Gehör schenken, die mit administrativen Mitteln die Entwicklung der Produktionsgenossenschaften vorantreiben möchten, ohne den Bewußtseinsgrad der Bauernmassen und die Notwendigkeit einer Bewahrung des Landes vor einem Rückgang der Agrarproduktion, wie wir ihn schon einmal 1951—1953 erlebt haben, zu berücksichtigen.“ Die Partei wird sich darauf beschränken, das freiwillige landwirtschaftliche Genossenschaftswesen zu unterstützen und Musterkollektive vorzuführen und darauf zu hoffen, daß der „Bewußtseinsgrad“ der Bauern zu einem späteren Zeitpunkt das Niveau der dialektisch-materialistischen Wissenschaft erreicht. Diese Bemerkung ist ohne Ironie. Sie möchte nur an einem Beispiel zeigen, daß die dialektischen Materialisten einen unbändigen Glauben an den Sieg ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse haben, der im skeptischen Westen oft unterschätzt wird.

Die Gründe für die Duldsamkeit gegenüber dem Bauerntum und die endgültigen Absichten der Parteiführung enthüllte Eduard Ochab, indem er den naheliegenden Vergleich mit den beiden Nachbarländern, der Tschechoslowakei und der deutschen Sowjetzone, zog, die in bezug auf die Kollektivierung der Landwirtschaft Polen weit voran sind. Er sagte: „Wir sind nicht so reich wie die DDR und unser südlicher Nachbar. Entwickeln wir

unsere Landwirtschaft auf jeden Fall genügend rasch, damit wir gewisse Reserven zurücklegen können, um sie dann einzusetzen, wenn die Bauern selbst in breitestem Umfang eine große kollektive Wirtschaft zu organisieren beginnen! Unser Land, das einen beträchtlichen Teil seiner Getreideimporte im kapitalistischen Ausland ankauft, muß besonders dafür Sorge tragen, daß es niemals auch nur zu einer bloß vorübergehenden Senkung der Agrarproduktion kommen kann. Es muß vielmehr eine ständige, unablässige Steigerung der Produktion gesichert werden.“ Wenn heute in Polen zwischen 80 und 90% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Händen bäuerlicher Eigentümer sind, dann duldet die Parteiführung das in Konsequenz eines Notstandes und anerkennt, daß er nur durch Privatinitiative überwunden werden kann. Aber sie denkt nicht daran, die Kollektivierung grundsätzlich aufzugeben, und an Versuchen, diese Entwicklung mit gemäßigtstem Druck zu beschleunigen, dürfte es auch in Zukunft nicht fehlen. In dieser Erkenntnis ist Kardinal Wyszyński wiederholt für das kleine Privateigentum eingetreten, und das ist eines der Ärgernisse, um deretwillen Gomulka die Hierarchie der Demagogie beschuldigt. Im polnischen Bauerntum manifestiert sich die konkrete gesellschaftspolitische Bedeutung der Institution des Privateigentums.

Mit bedrohlicher Schärfe kritisierte der Parteisekretär auf dem Parteitag die Haltung der Intellektuellen, in deren Kreis der Wunsch nach größerer Freiheit, d. h. der Revisionismus, am offensten und entschiedensten bekannt wird. Gomulka erklärte: „Unter dem Einfluß revisionistischer und bürgerlich-liberaler Tendenzen ist eine Reihe von schlechten und ideologisch schädlichen Büchern entstanden. Es entwickelte sich eine schwarze Literatur, die von der Ohnmacht des Menschen gegenüber dem Übel und von der Hoffnungslosigkeit spricht. Es sind auch Werke entstanden, die den Sozialismus anschwärzen und dessen Feinde idealisieren... Es ist seltsam, daß so viele Mitglieder des Schriftstellerverbandes unter der Fahne der Freiheit des künstlerischen Schaffens für die Publikation solcher Bücher eintreten. Diese Leute haben deshalb Einfluß, weil die Parteischriftsteller nicht gegen sie ankämpften. Viele von den kommunistischen Schriftstellern schreiben über die politischen Fehler der Vergangenheit, aber sie treten nicht gegen unsere prinzipiellen Hauptfeinde auf, gegen die Vertreter der bürgerlichen Ideologie. Die Wahrheit über den Sozialismus ist optimistisch. Unsere Schriftsteller sollen nicht durch die Brillen der bürgerlichen Kritik auf unser sozialistisches Leben schauen... Die Hauptaufgabe unserer Partei an der Kulturfront besteht darin, die bürgerlichen und revisionistischen Einflüsse endgültig auszumerzen, welche das Haupthindernis für die Entwicklung der polnischen sozialistischen Kultur bilden.“ Die Freiheit des künstlerischen Schaffens hat ihre Grenze an den Dogmen des marxistischen Weltbildes, und das Wirken der Intellektuellen hat der Erziehung des Volkes zum Sozialismus zu dienen. Es bleibt offen, was die Parteiführung tun wird, wenn die Intellektuellen sich dieser Begrenzung ihrer Freiheit nicht fügen. Auch auf diesem Gebiete sollen „administrative Maßnahmen“ nicht angewendet werden. Die Bereitschaft der Schriftsteller soll durch den ideologischen Einsatz der Partei erobert werden. Tatsächlich scheint die polnische Zensur gegenüber dem parteiinternen Schrifttum strenger zu verfahren als gegenüber den Außenseitern. Dennoch besteht keine Hoff-

nung, daß Gomulka einer Modifizierung der kommunistischen Endziele auf dem Wege über die Literatur und Publizistik tatenlos zusehen würde.

Auch gegenüber der gesellschaftspolitischen Macht der Kirche bevorzugt die polnische Parteiführung die Methode der psychologischen Beeinflussung vor der Gewalt. Nur stehen dem Regime, gerade der Kirche gegenüber, im Arsenal des dialektischen Materialismus keine Waffen zur Verfügung, die auf die Mentalität der gläubigen Polen großen Eindruck machen könnten. Man traut kaum seinen Augen, wenn man die Sätze liest, die in der Zeitung „Zycie Warszawy“, einem maßgebenden Blatt im kommunistischen Warschau, veröffentlicht wurden: „Als theoretische Doktrin hat der Atheismus seine Daseinsberechtigung verloren. In gewissem Sinne hat er sie auch in der Praxis verloren . . . Der Atheismus hat verloren, weil er nicht in die Zeit paßt und weil ein unvergleichlich stärkerer Rivale aufgetaucht ist, der Laizismus. Die Entfernung von Millionen von Menschen vom Christentum, welche die katholischen Kreise so sehr beunruhigt, ist das Ergebnis des Laizismus und nicht des Atheismus. Auch in Polen sieht die Hierarchie der Kirche ihren Hauptfeind keute keineswegs im Atheismus, sondern in der Laisierung der Gesellschaft. Für die Hierarchie ist ein Gespenst aufgetaucht, das Gespenst der religiösen Gleichgültigkeit, das in die einst so disziplinierten Reihen der Gläubigen eindringt. Laizismus ist nicht eine Doktrin, er ist mehr eine Verhaltensweise. Er ist Ausdruck und Element objektiver sozialer Tendenzen, mehr noch, ein Element des Gesetzes der Geschichte. Dies ist seine Stärke, die Garantie für eine breite Popularität bei der Bevölkerung. Der Laizismus absorbiert den Atheismus und glättet seine scharfen und störenden Konturen. Er beseitigt die Religion nicht durch antireligiöse Propaganda, sondern vor allem dadurch, daß er neue soziale Strukturen schafft und das Wesen der menschlichen Beziehungen zeigt. Er befreit den Geist von der Macht und Herrschaft einer Doktrin, nicht um ihn einer andern zu unterwerfen, sondern um den breiten und freien Weg des unabhängigen und kritischen Suchens zu eröffnen.“

Dieser Aufsatz darf wohl als ein Kommentar zu den Ausführungen Gomulkas über Staat und Kirche gelesen werden. Wenn das richtig ist, liegt das Nahziel der polnischen staatlichen Kirchenpolitik in der Verbreitung einer laizistischen Gesinnung, wofür die Kommunisten vor allem in den Kreisen der liberalen intellektuellen Verbündete finden können. In Hinsicht auf diese Möglichkeit kann der „polnische Weg zum Sozialismus“ die Kirche in Gefahren bringen, die um so größer sind, je liberaler das System sich gibt. Die zahlreichen bischöflichen Mahnungen vor der Lockerung der Sitten, der Modeliteratur und anderen zwielichtigen Phänomenen des Kulturlebens, die leider zu einem beträchtlichen Teil ihre Quellen in der westlichen Welt haben, lesen sich wie eine Bestätigung der These der Warschauer Zeitung, daß man die Gläubigkeit und Kirchlichkeit eines Volkes wirksamer durch die Propaganda für einen säkularistischen Lebensstil umwandelt als wenn man ihm eine abstrakte Dogmatik vorträgt, für deren Aufnahme keine seelischen Voraussetzungen bestehen. Der Atheismus ist für den überwiegenden Teil des polnischen Volkes eine Erfindung des Teufels; der Laizismus dagegen könnte seine geschickteste Tarnung sein. Erst wenn die Bindungen des Lebens an die Kirche gelöst oder gelockert sind, wird auch der Glaube sturmreif. Der Sä-

kularismus ist eine Vorstufe des Atheismus, die nicht übersprungen werden kann.

Die Strategie des Laizismus bestand immer in einer demagogischen Auslegung des Satzes, daß die Kirche in weltlichen Dingen keine Zuständigkeit hat, und in dem Bemühen, sie von allen Lebensbereichen her in das sogenannte „rein religiöse Gebiet“ zurückzudrängen, was jetzt auch Gomulka wieder als seine Absicht bezeichnete. Infolgedessen wird der Begriff der Freiheit kirchlicher Betätigung, mit dem sowohl die Partei als auch die Katholiken und die Hierarchie operieren, hüben und drüben ganz verschieden ausgelegt. Auf gewissen Gebieten des Kulturlebens verweigert auch der polnische Kommunismus der Kirche jede Betätigung, sei es in der Form der Belehrung ihrer Gläubigen, sei es in der Form gesellschaftlicher Gruppenaktionen. Auf denjenigen Gebieten, von denen man die Kirche nicht fernhalten kann, ohne daß die Proklamation der Religionsfreiheit unglaubwürdig würde, sucht man den Einfluß der Kirche mit der Formel „rein religiös“ auf den Bereich des Kultischen zu beschränken.

Das klassische Beispiel ist auch in Polen die Jugend-erziehung. „Die Schule gehört dem Staat“, verkündete Gomulka im vergangenen Herbst. Der Religionsunterricht kann zwar nicht unterdrückt werden, aber er soll als Anhängsel in Randstunden ein Eigendasein führen. Das Kruzifix darf nicht im Klassenzimmer hängen, aber zu den Religionsstunden darf der Geistliche es mitbringen. Außerhalb der Religionsstunden darf es einen Einfluß der Kirche auf die Jugend nicht geben. Kirchliche Jugendorganisationen werden nicht gestattet. Aber die staatliche Jugendorganisation kommt ohne „administrative Maßnahmen“ auf keinen grünen Zweig. Wie kann also der Staat, der dergleichen Maßnahmen nicht anwenden will und der auch sonst Konflikte mit der Kirche vor der Jugend vermeiden möchte, den Einfluß der Kirche paralisieren und das Ziel der Säkularisierung erreichen? In Polen bestand schon vor dem zweiten Weltkrieg ein blühender Pfadfinderverband. Er wurde durch das Hitler-Regime aufgelöst, und seine besten Leute gingen in die Widerstandsbewegung. Nach dem Krieg erstand der Verband von neuem, und im Jahre 1950 traf ihn das Schicksal der Auflösung zum zweitenmal durch die Willkür der Stalinisten. 1956 erstand er wieder, und zwar gemäß seiner Tradition und unter dem Einfluß seiner ehemaligen Führer als eine stark national und religiös geprägte Organisation. Bei der Jugend fand er weit mehr Anklang als die kommunistischen Verbände. Er zählt heute mehr als eine halbe Million Mitglieder. Seit 1956 besteht nun unter den polnischen Pfadfindern eine scharfe geistige Auseinandersetzung zwischen den Trägern der Tradition und den Anhängern des Kommunismus. Die letzteren konnten bisher keinen entscheidenden Einfluß gewinnen. Die Ideen des Scouting und die religiösen Bindungen an die Kirche waren stärker. Nun hat Gomulka selbst eingegriffen. Auf dem vor kurzem beendeten Landeskongreß erklärte er, die künftige Aufgabe des Verbandes müsse darin bestehen, daß er der Jugend das sozialistische Bewußtsein einpräge. Die Quellen des jugendlichen Elans seien nur in der Idee des Sozialismus zu finden. Zwar solle die kommunistische Ideologie den Pfadfindern nicht aufgedrängt werden. Der Bund solle der Begeisterung der Jugend für Technik und Wissenschaft Rechnung tragen. Aber er dürfe das Ziel nicht aus den Augen ver-

lieren, und deshalb müßten Fachleute, Ingenieure und junge Arbeiter mehr als bisher die Erziehung im Bunde beeinflussen. Auch den Offizieren der Armee falle dabei eine wichtige Rolle zu. Man erkennt in dieser Rede wieder den Grundzug des Programms, das Gomulka mit Zähigkeit verfolgt: geduldige Umerziehung des polnischen Volkes zum Kommunismus. Gomulka ist der erste kommunistische Führer, der den

Kampf gegen die Kirche überwiegend in der Form geistiger Auseinandersetzung führt, wenn er auch der Kirche nicht die gleichen Waffen zugesteht. Dennoch darf man kaum hoffen, daß in Polen für die weltweite Kraftprobe zwischen dem Christentum und dem Kommunismus Spielregeln oder Kampfregeln entwickelt werden, die mehr als taktisch sind und die Modellcharakter für die Zukunft gewinnen können.

## Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

### Die kommunistischen Einflüsse im Irak

Die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten, die Erstarkung der Kommunisten im Irak, haben im Schatten der Berlinkrise relativ wenig Beachtung gefunden. Die weltpolitische Bedeutung dieser Entwicklung ist heute noch kaum abzuschätzen. Für den arabischen Raum selbst stellt die Erstarkung der Kommunisten im Irak ein Ereignis dar, dessen Wirkungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Gleichgültig ob die Kommunisten im Irak an die Macht kommen werden oder nicht, die Tatsache, daß sie zu einem entscheidenden politischen Faktor werden konnten, bleibt bestehen. Wie konnte es dazu kommen?

Revolutionen haben im Nahen Osten nur selten eindeutige politische Vorzeichen. In den arabischen Staaten bezeichnen sich Revolutionäre grundsätzlich als arabische Nationalisten, die ihre Heimat von der — meist fiktiven — Herrschaft der Imperialisten befreien wollen. Da es in keinem arabischen Staat wirkliche politische Parteien gibt, die auch eine Basis in den breiten Schichten der Bevölkerung haben (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 532), sondern nur politische Interessengruppen, ist es auch selten, daß eine Revolution von einer einzigen Gruppe getragen wird. Die einzelne Gruppe, vornehmlich das Militär, vermag einen Staatsstreich durchzuführen, sie muß aber irgendwann ein Bündnis mit anderen Gruppen eingehen, um regieren zu können. Meistens verhält es sich jedoch so, daß schon bei der Machtübernahme mehrere oft heterogene Gruppen zusammenwirken.

#### *Die Juli-Revolution*

Die Juli-Revolution im Irak kann in dieser Hinsicht beinahe als Musterbeispiel gelten. Durch die fatale Innenpolitik der Regierung Nuri es Said, die keinerlei Form der Opposition duldete, konnte es so weit kommen, daß alle Oppositionsparteien, soweit man von Parteien sprechen darf, sich darin einig waren, daß sie notfalls mit Gewalt die Regierung beseitigen wollten. Die rein faktischen Hintergründe der Revolution sind bis heute unbekannt und werden vielleicht nie erforscht werden können. Sie ergab sich jedoch beinahe zwangsweise aus der politischen und sozialen Struktur des Irak (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 532) und wurde von Gruppen von Offizieren durchgeführt, denen eine bestimmte politische Bindung nicht nachzuweisen ist — vielleicht bestand auch keine. Einig waren sich die Initiatoren des Staatsstreichs nur in ihrem Wunsch, die Regierung zu beseitigen.

Der blutige Umsturz wurde von allen „Oppositionspar-

teien“ unterstützt. Alle, die aus irgendeinem Grunde mit der Regierung Nuri es Said unzufrieden waren — und das waren sehr viele —, versprachen sich von ihrer Beseitigung eine größere politische Bewegungsfreiheit und nicht zuletzt einen angemessenen Teil an der Regierung, wenn nicht gar eine politische Vormachtstellung im Staate. Zudem waren die Verhältnisse so weit gediehen, daß keine politische Veränderung die Situation der Oppositionspolitiker hätte verschlimmern können.

Die Revolutionsregierung hatte sehr bald die Sympathien der Straße gewonnen. Die „Straße“ ist bei allen Revolutionen im arabischen Orient ein wesentlicher Faktor. Sie steht fast nie unter bestimmten politischen Einflüssen. Sie kann durch Geld gekauft werden (was in jüngster Zeit jedoch schwieriger wird) oder durch bestimmte Parolen, für die die Straße immer zugänglich ist, in Verbindung mit der Aussicht auf straffreies Plündern oder auch nur auf straffreies Toben. Die Straße kann nur vom Militär, jedoch nicht durch Polizeigewalt gezügelt werden. Da die Militärs die Straße herausholten, war der Sieg der Revolution gewiß.

Nach vollzogenem Staatsstreich ergab sich im Irak folgende komplexe innenpolitische Situation: Die Regierungsgewalt lag in Händen von Militärs, die zwar gemeinsam eine Regierung gestürzt hatten, aber kein gemeinsames politische Programm besaßen. Die Kräfte, die bisher die Macht ausgeübt hatten, die Feudalherren und ihre Klientel, der schwache Hof und die nicht sehr zahlreichen Anhänger der gestürzten Regierung, wurden gemeinsam von Straße und Militär ihrer geringen Macht beraubt. Die „politischen Parteien“ begannen sich zu konstituieren, wobei jede einen möglichst großen Teil der Straße und des Militärs für sich zu gewinnen suchte.

#### *Die politischen Strömungen*

Die Revolution wurde unter der Losung des arabischen Nationalismus durchgeführt. Diese Losung ist denkbar ambivalent, denn der „Nationalismus“ der Araber ist vor allem eine emotionelle Regung; auch die gestürzte Regierung durfte sich nationalistisch nennen.

Man könnte die irakisch-arabischen Nationalisten nach zwei Merkmalen unterscheiden: Die einen — vielleicht eine Minderheit — suchen den Anschluß an die Vereinigte Arabische Republik, die anderen wünschen einen autonomen irakischen Staat. Zu letzteren ist die sehr bedeutsame Gruppe jener zu zählen, die für den Irak einen politischen Führungsanspruch im Raum des fruchtbaren Halbmond (Irak, Syrien, Jordanien) behaupten wollen. Zu dieser Richtung gehörte auch der ermordete Ministerpräsident Nuri es Said.